№ 56
A 25

Morgen-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 2. Februar 1924

Vossische Zeitung

15 Pfennig
(150 Milliarden)

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.20 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 6.50 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3693. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Anerkennung Sowjet-Rußlands erfolgt.

Amtliche englische Erklärung.

Drahtmeldung.

London, 1. Februar.

Amtlich wird heute abend mitgeteilt, daß die britische Regierung beschlossen hat, die russische Regierung de jure anzuerkennen.

* **London**, 1. Februar.

Reuter erfährt zur Frage der Anerkennung der Sowjetregierung, daß die Anerkennung natürlich keinen Verzicht auf die Schulden an England bedeute. Weiter meldet Reuter, die Sowjetregierung habe, wie verlaute, die Versicherung abgegeben, daß die Propaganda gegen Großbritannien eingestellt werden wird. Der britische Vertreter in Moskau soll den Rang eines Botschafters erhalten.

Die britische Regierung hat die russische Regierung formell anerkannt. Der britische Vertreter in Moskau, Hodgson, hat dies heute der russischen Regierung in einer Note bekanntgegeben, in der es heißt:

„Ich habe die Ehre, auf Weisung meiner Regierung Euere Exzellenz zu verständigen, daß sie die Vereinigung der sozialistischen Sowjetrepubliken als die De-jure-Regierung der Gebietsteile des vormaligen russischen Reiches anerkennt. Gleichzeitig teile ich mit, daß zwecks Schaffung normaler freundschaftlicher Beziehungen und vollen kommerziellen Verkehrs es notwendig sein wird, endgültige praktische Abkommen bezüglich einer Anzahl von Fragen zu schließen, von denen einige nicht direkt, andere aber sehr eng mit der Tatsache der Anerkennung verbunden sind. Unter letzteren mag die Frage der früher abgeschlossenen Verträge erwähnt werden.

Die Regierung Sr. Majestät ist verständigt worden, daß die Anerkennung der russischen Sowjetregierung nach den Grundsätzen des internationalen Rechts automatisch alle zwischen beiden Ländern vor der russischen Revolution abgeschlossenen Verträge in Kraft bringen wird, außer denen, die gesündigt oder sonstwie in juristischer Beziehung erledigt worden sind. Es gereicht offenbar beiden Ländern zum Vorteil, daß die Lage bezüglich dieser Verträge zugleich mit der Anerkennung geregelt wird.

Die Probleme der Regelung der bestehenden Ansprüche der Regierungen und der Privatpersonen der beiden Parteien gegeneinander in technischer Beziehung haben mit der Anerkennung nichts zu tun, sind aber offenbar von größter Bedeutung für beide Länder und für den Wiederaufbau des russischen Kredits. Ferner ist es offenbar, daß die freundschaftlichen Beziehungen nicht als vollständig bezeichnet werden können, solange eine Partei Grund hat, die andere im Verdacht zu haben, daß sie gegen ihre Interessen Propaganda treibt. Unter diesen Umständen läßt die britische Regierung die russische Regierung ein, sobald wie möglich bevollmächtigte Vertreter nach London zu entsenden, um diese Angelegenheiten zu erörtern und einen endgültigen Vertrag zur Regelung der unerledigten Fragen zu treffen.

Inzwischen bin ich bis zur Ernennung eines Botschafters zum Geschäftsträger bestellt worden und habe den Auftrag, mitzuteilen, daß Seiner Majestät Regierung erfreut sein wird, gleichfalls einen russischen Geschäftsträger zu empfangen, der die Regierung der Union der Sowjetrepubliken beim englischen Hofe vertritt."

Wilson im Sterben.

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung".

* **Washington**, 1. Februar.

Der frühere Präsident Wilson ist an einer Verdauungsstörung ernstlich erkrankt. Anfangs hielt man den Anfall nicht für gefährlich und benachrichtigte deshalb nicht den Hausarzt Wilsons, der auf einer Reise war. Da sich jedoch der Zustand des Präsidenten verschlimmerte, wurde der Arzt dringend gerufen. Wilson verbrachte den gestrigen Tag im Bett. Die Nacht ist sehr unruhig verlaufen. Der heute früh veröffentlichte Bericht besagt:

Der frühere Präsident Wilson hat eine schlechte Nacht verbracht. Sein Zustand hat sich verschlimmert und ist als sehr ernst zu betrachten. Gez. Dr. Grayson.

Washington, 1. Februar. (W. T. B.)

Der vormalige Vorsitzende des Demokratischen Nationalkomitees, Senator Mc Cormick, sagte beim Verlassen des Hauses Wilson, es bestehe wenig Hoffnung für den vormaligen Präsidenten, der Tod könne jeden Augenblick eintreten.

Poincarés Antwort überreicht.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 1. Februar.

Heute vormittag hat der französische Botschafter in einer Unterredung mit Ramsay Macdonald, die 20 Minuten dauerte, das Antwortschreiben Poincarés überreicht. Das Schreiben, das sehr freundlich gehalten ist, betont den Wunsch, gute Beziehungen zwischen beiden Ländern zu unterhalten. Poincaré erklärt, daß Frankreich bereit sei, an allen Versuchen mitzuarbeiten, eine Lösung der europäischen Probleme zu finden.

Aus einer gewöhnlich sehr gut unterrichteten Quelle verlautet ferner, daß Poincarés Brief einen Passus enthält, wonach Frankreich daran festhält, daß die Besitznahme der wirtschaftlichen Pfänder im Ruhrgebiet ein geeignetes Mittel gewesen sei, um Reparationen zu erhalten. „Würden die Vorteile, die Frankreich aus der Ruhrbesetzung erwachsen werden, erheblich modifiziert werden, so werde Frankreich Kompensationen auf anderem Gebiet für erforderlich halten."

Der radikale Star behauptet, daß der französische Brief in der Arbeiterpartei einen verhältnismäßig günstigen Eindruck gemacht habe, und daß man bereits eine baldige mündliche Aussprache zwischen Ramsay Macdonald und Poincaré, die wahrscheinlich in Paris stattfinden wird, für erfolgversprechend hält. Wenn eine derartige Unterredung zustande kommen sollte, so wird sie wahrscheinlich dem Zweck dienen, Ramsay Macdonald darüber zu orientieren, welche Reparations- und Sicherungsvorschläge er nach Veröffentlichung der Berichte der Sachverständigen-Ausschüsse mit Aussicht auf französische Zustimmung einer interalliierten Konferenz unterbreiten könnte.

* **Paris**, 1. Februar.

Am Quai d'Orsay wird heute abend erklärt, daß die englische Regierung habe mitteilen lassen, daß sie vorläufig die Veröffentlichung des Briefwechsels Macdonald-Poincaré nicht beabsichtige. Der Briefwechsel wird also nicht, wie angekündigt, der Presse heute abend übermittelt werden.

Handgemenge im japanischen Parlament.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **London**, 1. Februar.

Reuter meldet aus Tokio: Im Parlament ist es zu erregten Szenen gekommen. Die Opposition des Unterhauses beschuldigte die Regierung, sie sei an dem Attentat gegen den Eisenbahnzug, in dem sich Mitglieder der Opposition befanden, beteiligt. Als der Eisenbahnminister antworten wollte, stürzten sich drei Eindringlinge auf den Präsidenten und trieben ihn aus dem Saal. Es folgte eine schwere Prügelei, die mit Fäusten und Flaschen ausgefochten wurde. Die Sitzung wurde aufgehoben. Dann machte der Ministerpräsident die völlig unerwartete Mitteilung von der Auflösung des Hauses.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Der 2. Sachverständigenausschuß, dessen Aufgabe die Feststellungen über Kapitalflucht ist, hörte gestern nachmittag den Staatssekretär Trendelenburg aus dem Reichswirtschaftsministerium, den Ministerialdirektor Suse und den Vizepräsidenten vom statistischen Reichsamt, Prof. Wagemann. Die Herren legten der Kommission die deutsche Handelsstatistik der Jahre 1919—1923 vor und gaben Erläuterungen.

Der 1. Sachverständigenausschuß beschäftigte sich gestern weiter mit der Prüfung der deutschen Denkschrift über das Budget und die Steuerbelastung.

Des Führers Tod.

Von
A. Bruck,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Moskau**, 25. Januar.

Auf einem nationalisierten alten Herrengute Gorki, 30 Werst von Moskau und 5 Werst von der nächsten Eisenbahnstation Gerassimowo der Riäsan-Uraler Eisenbahn entfernt, in einem alten Schlosse, ist der Führer des internationalen Proletariats und der Begründer und Lenker Sowjetrußlands seinem schweren Leiden erlegen. Ueber ein Jahr lang schwebte er zwischen Leben und Tod. Die namhaftesten Vertreter der medizinischen Wissenschaft, darunter auch manche deutsche Professoren, bemühten sich unaufhörlich, ihm am Leben zu erhalten. Man wollte nicht glauben, daß das Unabwendbare schon so nahe ist. Im Gegenteil, man wollte glauben und auch in der Außenwelt, namentlich bei den Arbeitermassen, den Glauben nähren, daß der Kranke bald genese und an die Leitung der Staats- und Parteigeschäfte zurückkehre. Denn es war für seine Stellvertreter und Helfer immer der einzige Trost, zu versichern, daß sie doch schließlich nur einfache Handlanger wären, und wenn sie was verfehlt oder geirrt hätten, so würde doch bald der große Meister selbst kommen und alles zurechtrücken, alles wieder gut machen.

Diese Versicherung wirkte stets beruhigend. So pflegte man in großen Versammlungen, bei Eröffnung verschiedener Kongresse und Konferenzen die allseitige Anfrage über den Gesundheitszustand Lenins zu beantworten: es gehe ihm besser, es bestehe die Hoffnung auf volle Genesung. Noch Mitte Januar wurde ein dahingehendes offizielles ärztliches Bulletin, von einer Reihe Autoritäten unterzeichnet, in der Presse veröffentlicht.

So kam der Tod unerwartet und rief allgemeine Bestürzung und aufrichtige Trauer hervor. Denn auch die Gegner Lenins geben ohne weiteres zu, daß ein Großer heimgegangen ist. Eine wirkliche echte Führernatur, an welcher es der Welt entschieden mangelt, da die entsprechenden und erforderlichen Charakter- und Geisteseigenschaften immer seltener werden. Arm an politischen Führern, die die Massen beherrschen und zielbewußt für große Ideale kämpfen, war in erster Reihe Rußland, das noch nicht lange neu für das politische Leben und für das Parteiwesen erschlossen wurde. Je länger und rauher die Knebelung und absichtliche Irreführung des Volkes durch den Zarismus war, desto gewaltiger und rücksichtsloser entfaltete sich mit elementarer, unbezwingbarer Kraft der revolutionäre, allumfassende Ausbruch der Volksempörung, des Volksgornes.

Lenin, der von seinen Schuljahren an in der revolutionären Bewegung sich beteiligt hat, verstand es, diesen elementaren Ausbruch allmählich in die gewünschten Bahnen zu lenken und endlich Ordnung und Organisation an die Stelle des ursprünglichen Chaos zu bringen. Leicht war es ihm nicht: er hatte eine ganze machtvolle Welt gegen sich, während an seiner Seite eine noch zum großen Teil amorphe Masse stand, die keine sichere Waffe in dem verzweifelten Kampf bilden konnte. So war er frühzeitig erschöpft und starb mit 53 Jahren an den Folgen, wie die Obduktion der Leiche ergibt, an Abnützungserscheinungen. Man hat ihm eben mehr Arbeit, Sorgen und Aufregung aller Art zugemutet, als selbst sein kräftiger Organismus ertragen konnte.

Und an Aufregungen hat es wahrlich nie gefehlt, ebenso wie es auch an inneren Reibungen innerhalb der eigenen Partei nie gefehlt hat. An Ueberwindung dieser Reibungen und Streitigkeiten wurde nicht wenig Kraft, Energie und Zeit verzeudet: gilt doch unter den russischen Politikern seit jeher der theoretische Streit ebenso viel wie die praktische Tat, und keine Tat geschieht ohne vorherigen langwierigen Streit. So gelang es auch Lenin, seine wichtigsten, entscheidendsten Maßnahmen erst nach längerem Kampf und Streit zu verwirklichen: Der Frieden von Brest-Litowsk z. B. durfte erst dann geschlossen werden, als General Hoffmann bereits Petersburg bedrohte. Ebenso war es mit der Proklamierung der neuen ökonomischen Politik: der sogenannte Kriegskommunismus, der auf gewaltsamer Enteignung der Ueberschüsse der Privatwirtschaft durch den Staat basierte, durfte erst dann abgeschafft werden, als der Augenblick immer näher herannückte, wo keine „Ueberschüsse" mehr da waren, und der Staat unmittelbar vor dem endgültigen Ruin stand. Der jetzt so oft verrufene N.E.P. war damals die einzig und allein rettende Tat. Und doch fanden sich Fanatiker, die den Rückzug zum Staatskapitalismus vom lustigen aber verderblichen Kriegskommunismus fast als Verrat an der heiligen Sache der Revolution bezeichneten. Und wer weiß, ob es auch einem Lenin gelungen wäre, diese notwendigste wirtschaftliche Reform durchzusetzen, wenn nicht die Aufstände in Kronstadt, Tambow u. a. eine zu deutliche Sprache gesprochen und allzu deutlich auf die